

# Stimmbeteiligung bisher tiefer als bei Covid-Gesetz

Tierversuchsverbot, Tabakwerbung, Stempelsteuer und Medienpaket: eine Übersicht für Kurzentschlossene.

**Mathias Küng, Andrea Marti**

Am 13. Februar wird über vier nationale Vorlagen abgestimmt, kantonale Vorlagen gibt es keine: Die AZ liefert die Übersicht und zeigt, wo die Parteien stehen.

## Keine Unterstützung für Tierversuchsverbot

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot» fordert ein absolutes Verbot von Tierversuchen. Mit Hilfe von Tierversuchen entwickelte Produkte dürften nicht mehr importiert werden. Die Initianten argumentieren, Tier- und Menschenversuche seien unentschuldigbar, die Forschung könne ihre Erkenntnisse auch mit leidfreien Ansätzen erreichen.

Die Gegner sagen, dass man mit der Initiative von vielen neuen medizinischen Therapien nicht mehr profitieren könnte. Forschung und Entwicklung würden sehr stark eingeschränkt. Zur Initiative haben sämtliche Parteien im Aargau sowie die Aargauische Indus-

trie- und Handelskammer die Nein-Parole beschlossen.

## Links gegen Rechts bei Verbot von Tabakwerbung

Die Initiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung» will Tabakwerbung verbieten, wo Kinder und Jugendliche sie sehen können, zum Beispiel in der Presse, auf Plakaten, im Internet, im Kino, in Kiosken oder an Anlässen. Für elektronische Zigaretten würden die gleichen Regeln gelten. Erlaubt wäre weiterhin Werbung, die sich nur an Erwachsene richtet oder sich an Orten befindet, zu denen Minderjährige keinen Zugang haben.

Während sowohl Befürworter als auch Gegner Jugendschutz wollen, betonen erstere, dass nur die Initiative diesen tatsächlich gewährleiste. Die Gegner setzen stattdessen auf einen weniger weitgehenden Gegenvorschlag. Für die Initiative sind sämtliche linken Parteien sowie die EDU und die EVP. Dagegen sind SVP, FDP, Die Mitte, AIHK

und der Aargauische Gewerbeverband (AGV).

## Linke gegen Abschaffung der Stempelsteuer

Bundesrat und Parlament wollen die Emissionsabgabe abschaffen. Unternehmen sollen neues Eigenkapital aufnehmen können, ohne darauf Steuern bezahlen zu müssen. So entstünden dem Bund Mindereinnahmen von etwa 250 Millionen Franken pro Jahr.

Die Befürworter sagen, dies sei positiv für die Standortattraktivität der Schweiz und Sorge für Wachstum. Die Gegner sagen, davon profitierten grösstenteils international tätige Grosskonzerne, Bürgerinnen und Bürger hätten nichts davon. Für die Reform sind SVP, FDP, Die Mitte, GLP, EDU, AIHK und AGV. Dagegen sind SP, Grüne, EVP und Arbeit Aargau.

## Grosse Uneinigkeit beim Medienpaket

Um regionale Medien zu stärken, vergünstigt der Bund seit

langem die Zustellung abonniert Zeitungen. Diese Vergünstigung soll jetzt auf Zeitungen mit grösserer Auflage und die Zustellung früh am Morgen ausgedehnt werden. Zudem sollen Online-Medien gefördert, Lokalradios und Regionalfernsehen stärker unterstützt werden. Bedingung ist, dass sie sich vorwiegend an ein schweizerisches Publikum richten und Themen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft behandeln. Bei Zeitungen und Online-Medien fallen die Fördermassnahmen nach sieben Jahren weg.

Die Befürworter argumentieren, nur so werde auch künftig über alle Regionen berichtet. Das sei wichtig für die Bevölkerung und die direkte Demokratie. Die Gegner sagen, so verschleudere man Steuergelder, von der reichen Verlage profitierten, Medien würden zu Staatsmedien. Für das Medienpaket sind SP, Mitte, Grüne, EVP und Arbeit Aargau. Dagegen sind SVP, FDP, GLP, EDU, Handelskammer und Gewerbeverband.

Eine knappe Woche vor Abstimmungstermin ist die Stimmbeteiligung für die vier Vorlagen tief. So verzeichnet etwa die Stadt Aarau am Montag eine Beteiligung von lediglich 29 Prozent. Bei den Abstimmungen im letzten November, als unter anderem über das Covid-Gesetz entschieden wurde, lag die Beteiligung eine Woche zuvor ganze zehn Prozentpunkte höher. Bei den drei Terminen vorher war die Beteiligung jeweils rund fünf Prozentpunkte höher.

In anderen Aargauer Städten bewegt sich die Stimmbeteiligung bis jetzt im langjährigen Durchschnitt. Dazu gehört Rheinfelden mit rund 25 Prozent sowie Bremgarten mit 29 Prozent. In Lenzburg und Brugg liegt die Beteiligung bei rund 24 Prozent, in Zofingen bei 22 Prozent. Bis am Dienstag sollten Stimmcouverts, die mit der Post geschickt werden, versendet sein. Danach können Stimmcouverts in die Gemeindebriefkästen oder am Sonntag in die Urne eingelegt werden.